

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erchein
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigenpreis:
für die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr der dem
Ercheinungstage.

Nr. 94.

Herbst. Nr. 39

Mittwoch, den 27. November 1918.

Preis. Nr. 39

40. Jahrg.

Oberschlesien und die Polenfrage.

Eine Rede Hase's.

Gleiwitz, 22. November 1918.

Auf Veranlassung des Gleiwitzer Arbeiterrats verammelten sich gestern vormittag im Stadtverordnetenitzungsaal zu Gleiwitz die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte Oberschlesiens, um zu der Frage: „Wie stellen wir uns zu der Polenfrage?“ Stellung zu nehmen. Zu der Versammlung hatten sich auch Regierungspräsident von Miquel aus Oppeln, die Landräte der ober-schlesischen Kreise, sowie Vertreter der Städte und der Industrie eingefunden. Vom Rat der Volksbeauftragten war Hase aus Berlin erschienen.

Die Redner stimmten darin überein, daß man auf Seiten der Polen eine eifrige Propaganda eingeleitet habe mit dem Ziel, die polnische sprechende Bevölkerung Oberschlesiens für eine Abtretung Oberschlesiens an den neuen Polenstaat zu gewinnen. Ebenso einig war man deshalb auch der Auffassung, daß nichts unversucht bleiben dürfe, um der großpolnischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die von dem Reichstagsabgeordneten Korcany herangezogene Karte mit den Grenzen des neuen Polenreichs sagt deutlicher, als alles andere, was man polnischerseits mit Oberschlesien vor hat.

Regierungspräsident von Miquel betonte nachdrücklich, daß man aus diesem Grunde schon und auch mit Rücksicht auf eine etwaige Volksabstimmung die Hände nicht in den Schoß legen dürfe. Er sah sich auch veranlaßt, die übertriebenen Klagen über den der polnischen Bevölkerung angetanen Zwang auf das richtige Maß zurückzuführen. Der Bevölkerung polnischer Junge sei die Anwendung der polnischen Sprache niemals verboten worden, alles, was darüber verbreitet wurde, entspreche nicht den Tatsachen. In diesem Jahre sei auch die Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache für die untersten Stufen gestattet worden. Was das Ansiedlungsrecht anlangt, so sei von den polnisch sprechenden Leuten in Oberschlesien lediglich der Nachweis verlangt worden, daß gegen sie von nationalen Standpunkt nichts einzuwenden sei. Nur 4% aller Besuche seien abschlägig beschieden worden. Die nationalpolnische Bewegung sei erst in den letzten 40 Jahren von außen her in die ober-schlesische Bevölkerung hineingetragen worden. Da man es nicht nur mit der Industriebevölkerung zu tun habe, sondern auch mit dem platten Lande, sei gründliche Aufklärung nötig, zumal der Landmann gewöhnlich jäh an einer einmal aufgenommenen Idee festhalte. Der Regierungspräsident ging auch näher auf die geschichtlichen Tatsachen ein und führte dadurch den Beweis, daß für die Polen keinerlei berechtigter Anspruch auf Oberschlesien bestehe. Er gab denjenigen Rednern Recht, die davor warnen, die Wäffe für Oberschlesien zu unterstützen. Man müsse unter Umständen mit polnischen Legionären als Bedrohung von außen her rechnen, auch fänden die Oberste Bestätigung, daß ein Teil der polnischen Arbeiter bewaffnet sei. Die Durchsuchung von Gewäschkästen habe verschiedentlich Browningspistolen zutage gefördert, und es sei der Schluß gerechtfertigt, daß die Waffen von bestimmten Stellen herrühren. Redner sprach zum Schluß die Bitte aus, mit vereinten Kräften Oberschlesien vor jedweder Gefahr zu schützen.

Die verschiedenen Redner betonten, daß man deutscherseits den aufrichtigen Wunsch hege, mit der polnisch sprechenden Bevölkerung gemeinsam zu arbeiten und weit davon entfernt ist, Beunruhigung in ihre Reihen zu tragen.

Volksrat Hase:

Namens des Rats der Volksbeauftragten bin ich hierher gekommen mit großer Sorge. Alarmierende Nachrichten überstürzten sich seit dem ersten Tage, da wir berufen waren, die Reichsgeschäfte zu führen. Auch das Telegramm, das mich einlud, ließ Aufstand, Aufruhr an allen Stellen erwarten. Die polnische Gefahr wurde uns vielfach in den allergrößten Farben geschildert. Ich habe mit Befriedigung feststellen können, daß alle Redner an der inneren Ruhe gar nicht zweifeln. Daß ein Grenzschutz gegenüber Dänen erforderlich ist, darüber besteht gar kein Zweifel, weder bei der Reichsregierung noch bei Ihnen. Mit verschiedenen Rednern betone ich im Namen des Rats der Volksbeauftragten und zwar mit allem Nachdruck, daß die Praktiken, die auf einzelnen Gruben noch immer geübt werden, unter allen Umständen ausgerottet werden müssen. Es darf nicht vorkommen, daß die Menschenwürde auch nur eines einzelnen Arbeiters von einem Beamten niedergetreten wird. Wenn beschimpfende Ausdrücke fallen, so ist es unserer Ansicht nach Sache der Werksleitung, sofort einzuschreiten. Ich habe mit Bedauern gehört, daß Maschinen-gewehre ausgedoten worden sind für einzelne Gruben in denen Streiks stattgefunden haben. Die Reichsregierung wird es nicht dulden, daß Maschinen-gewehre gegen Streikende aufgeföhren werden. Ich rechne damit, daß die Betriebsleitungen selbst den Arbeitern den vollen Schutz angedeihen lassen werden. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die innere Ruhe in den Betrieben nicht gestört und den Arbeitern das Recht wird, auf das sie Anspruch haben. Zu meinem großen Bedauern hat der Herr Regierungspräsident von Oppeln das Verhältnis der Regierung zu den Polen noch nicht recht aufgeklärt. Er stellt es als ein Entgegenkommen dar, daß jetzt den Polen eingeräumt worden ist, in gewissen Stufen der Schule den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilen zu lassen. Er nannte es sogar ein erhebliches Entgegenkommen. Das ist eine Auffassung der alten Zeit, mit der gründlich gebrochen werden muß. Es ist nicht ein Entgegenkommen, sondern die Erfüllung eines wohlbegründeten Anspruchs. Wollen wir nicht nur für Deutschland sondern auch für andere Länder auf dem Friedenskongreß die Zukunft so gestalten, daß die Quelle der Beschwerden verstopft wird, unter denen wir solange selbst gelitten haben, so müssen wir uns unbedingt zu den Grundfragen der Autonomie des Rechts bekennen. Religion und Schule müssen denen überlassen werden, welche die Träger einer bestimmten Organisation innerhalb des Staats-ganzen sind. Es ist doch nicht unbekannt, daß vor nicht langer Zeit polnischen Beamten verboten war, polnisch zu sprechen. Anstedenbeschränkungen wie bisher haben keinen Raum in einem modernen Staatswesen. Es wäre schlimm, wenn wir uns nicht in dieser Beziehung mit den Polen würden verständigen können. Es ist von Herrn Oberbürgermeister von Rattowitz als bedenklich bezeichnet worden der Grundsatz „Trennung von Staat und Kirche.“ Wir wollen uns doch darüber klar werden, was die preussische Regierung will. Sie will die Vertretung des religiösen Lebens von jedem staatlichen Einfluß, sie fordert die vollständige Selbständigkeit jeder Kirche und jeder Religions-gesellschaft, sie verlangt Unantastbarkeit jeder religiösen Ueberzeugung. Sie will den Religionsunterricht gerade den Weltlichen überlassen. Sie glaubt, daß dadurch die Vertiefung der Religion gewährleistet ist. Sie denkt an die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo sämtlichen Kirchen, evangelischen und katholischen, gerade durch die

Bewirkung dieses Grundsatzes ein weites Feld der Betätigung und Ausbreitung gegeben ist, sodaß alle Kirchen anerkennen, daß sie unter diesem Grundsatz ungehemmt sich entwickeln können. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, daß wir auch nicht daran denken, nunmehr das Leben in den einzelnen Kirchengemeinden plötzlich zu zerstören. Ich weiß sehr wohl, daß wenn dieser Grundsatz unbedingt sofort durchgeführt würde, namentlich die armen Kirchengemeinden in eine finanzielle Bedrängnis gelangen können. Es sind deshalb auf das sorgfältigste vorbereitende Maßnahmen getroffen worden. Man ist mit Geislichen in Berlin zu diesem Zweck in Beratung. Das soll der Bevölkerung gesagt werden, es sei kein Akt der Unterdrückung, sondern Befreiung. Nun ist die Frage der Arbeiterräte aufgeworfen worden. Es wäre ein Unglück, wenn die Arbeiterräte nach nationalen Gesichtspunkten zusammengefaßt würden, oder wenn sogar verschiedene Arbeiterräte anderer Nationalität nebeneinander sich bilden würden. Letzteres widerspricht gerade dem Gedanken der Arbeiter- und Soldatenräte. Wir legen allergrößten Wert darauf, daß die Polen nicht abgefaßt werden, auch nicht gnadenlos hier und da zugelassen werden, sondern, daß man sie als gleichberechtigt betrachtet, mit ihnen zusammenwirkt zu gemeinsamen Ziel. Geschieht das, so werden wir nicht nur die innere Ruhe in dieser schweren Zeit bewahren, sondern, und ich betone das besonders auf dem Friedenskongreß, auf dem alle diese Fragen der künftigen Gestaltung unseres Reichs verhandelt werden, unsere Position stärken. Vergessen Sie nicht, daß wir gerade unsere Stellung auf dem Friedenskongreß untergraben würden, wenn jetzt eine nationale Hege zwischen Deutschen und Polen sich breit machen würde. Wir müssen in Frieden und Freundschaft leben. Schon gestern hat der polnische Volksrat im Rada Ludowa uns mitgeteilt, daß die Polen, weil sie fürchten, daß der Grenzschutz nicht nur der Aufgabe diene, die Grenze zu schützen, sondern auch die Polen im Innern zu beunruhigen, sich an den Präsidenten Wilson gewandt haben. Es würde für unsere Sache die größte Gefahr sein, wenn etwa Wilson durch Gerüchte, die jetzt noch unbegründet sind, vielleicht aber durch unüberlegte Elemente gewiß werden, ganz und gar an die Seite der Polen geschoben würde. Unsere Aufgabe kann es nur sein, Wilson unparteiisch in dieser Frage zu halten. Zum Schluß betonte Redner nochmals die Notwendigkeit des Vertrauensverhältnisses zwischen Deutschen und Polen.

Zerfall des Deutschen Reiches.

Das Deutsche Reich droht in seine Bestandteile zu zerfallen. Von feindlicher Seite ist schon vor Wochen der Gedanke der Wiederherstellung des Rheinbundes nach Napoleonischem Muster erörtert worden. Jetzt erklären die Süddeutschen, zum Beispiel die jetzige bayerische Regierung, daß sie der Ausschaltung der Einzelstaaten nicht länger ruhig zusehen und sich eine Diktatur Berlins nicht weiter gefallen lassen wollen. Die 6-Männer-Regierung hat allerdings für Montag eine Besprechung mit Vertretern der Einzelstaaten nach Berlin einberufen und hofft, daß man dabei zu einer Vereinbarung über die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches gelangen wird. Inzwischen haben aber bereits die Arbeiter- und Soldatenräte Oldenburg-Ostfriesland, Bremen, Regierungsbezirk Stade, Harburg, Hamburg und Schleswig-Holstein eine neue Republik mit dem Sitz in Hamburg gebildet. Diese reißt also, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt, erhebliche Teile von Preußen ab und vereinigt sie mit anderen Bundesstaaten zu einem neuen Staatswesen. Der „Vorwärts“

macht darauf aufmerksam, daß im Rheinlande mit zunehmendem Ernst und von einem täglich wachsenden Personenteile die Frage der Lösung vom Reiche und der Bildung eines eigenen Staatswesens erwogen wird. Die Grenzen des neu zu bildenden Staates sind, wie der „Vorwärts“ weiter bemerkt, noch nicht fest abgefaßt. Man ist aber bestrebt, das Industriegebiet vollständig einzugliedern. Nach Süden hin wird man Anschluß an die Rheinpfalz und an Hessen suchen. Schon haben bekannte Wirtschaftspolitiker Berechnungen über die ökonomische Lebensfähigkeit der neuen Republik angestellt. Ihre Ergebnisse sollen durchaus günstig sein. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie sagt der „Vorwärts“: Sie lehnt den Plan selbstverständlich entschieden ab, aber damit ist er nicht beseitigt.

Der „drohende Abfall der Rheinlande“.

Berlin, 21. November. Die sozialistische „Rheinische Zeitung“ betont u. a.: Das Zurückbleiben der deutschen Truppen, die bevorstehende feindliche Besetzung, die Berliner Wirrnisse, für die von jeder das demokratische Empfinden der Rheinländer keinen Funken Verdachts aufbringt, bringt eine Atmosphäre hervor, in der Spaltspitze gedeihen. Heute spricht man auf Straßen und Plätzen von der Gründung einer Republik Rheinlands. Das rheinische Bürgerturn erinnert sich seiner geschichtlichen Vergangenheit. Die Sozialdemokratie lehnt eine neue Kleinraoterie ab. Schon heute ist aber auf den Zusammenhang jener Abplitterungspläne mit den Berliner Vorgängen hingewiesen. Sollten die Sozialdemokraten in Berlin Oberwasser erhalten, so würden die Befürworter der Rheinischen Republik sehr bald gewonnenes Spiel haben. Das wird das Signal, das ganze Deutsche Reich auseinander zu reißen.

Berlin, 23. November. Die „Rheinische Volkszeitung“ schreibt: Die Frage, ob im Rheinlande ernsthafte Bestrebungen im Gange seien, die auf eine Vorkommnung der Rheinprovinz vom Reiche abzielen, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erstrebt bewußt und entschlossen ebenso wie die übrigen Länder im Reiche ihre Unabhängigkeit von der geistigen und politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen ein Glied der deutschen Einheit zu bleiben.

Deutschland ersucht um Eröffnung der Friedensverhandlungen.

Rotterdam, 23. November. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris: Die Schweizer Regierung übermittelte den Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin ersucht wird: 1. um sofortige Eröffnung von Verhandlungen über den Frieden, 2. Zusammenzutreten einer deutsch-amerikanischen Konferenz im Haag, die über die Lebensmittelförderung Deutschlands beraten soll. Demgegenüber wird betont, daß die Vereinigten Staaten die Absicht schon zu erkennen gegeben haben, im Zusammengehen mit den übrigen Alliierten zu verhandeln.

Ein neuer deutscher Protest.

Berlin, 23. November. An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gelangt worden: Im Vertrauen auf die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Waffenstillstandes hat sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Präsident Wilson gewandt. An Stelle des erwarteten, von dem Grundsätze des Rechtes und der Mäßigkeit und von dem Wunsche einer zukünftigen Verbesserung der Verwaltung und der Vereinigung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes werden in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie sollen die Wiederherstellung der friedlichen Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen, sie sollen das schwer gestörte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen diese der Menschlichkeit tohu sprechende Verfahren sind ungehört verhallt.

Was die Forderungen des Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet worden sein, dem Deutschen Reich den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch außer den Feinden irgendwem klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr Stich hält, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und kann es nicht.

Die deutsche Regierung sieht in der Aufrechterhaltung der harten Bedingungen ein Mittel gegen die Grundzüge der Demobilisation und muß den Schluß ziehen, daß es bei Bedingungen der Alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf die Vergewaltigung und Verletzung des deutschen Volkes. Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen hat sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachdruck darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenstext den Anfang machen wollen.

Das deutsche Volk begnügt unweil, ob sich hinter dieser Vorgangung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gehörigen und ermittelten deutschen Truppen durch Niederwerfung der unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und damit für die Alliierten einen Anlaß zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges. Wenn der Frieden als ein Nichtsfrieden geschlossen

werden soll, so darf den Entscheidungen der Friedenskonferenz in den rechtlich strittigen Fragen nicht vorgegriffen werden. Die deutsche Regierung wagt diesem von dem Präsidenten aufgestellten Grundhieb gegenüber festhalten, daß die von der französischen Regierung in Elsch-Vorbringen getroffenen Maßregeln ebenso wie das Verbot der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Österreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes sind als Beweise, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen. Gegen alle diese Versuche, wie gegen die Verdrängung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung den schärfsten Protest ein. Aus der Gewissung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, es wird nicht aufhören, zu leben und sein Recht zu fordern. Berlin, den 23. November 1918.

Dr. Wolf.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 25. November. Nach dem „Volk-Anzeiger“ ist es nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zusammenzutreten wird und zwar sehr bald. Was den Wahlmodus anbelangt, so wird angeregt, daß Reich in vierzig Bezirke einzuteilen, innerhalb derer wieder eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten gewählt wird.

Um keinen Preis.

Amsterdam, 25. November. Die „Times“ schreiben an leitender Stelle, daß an eine Verlängerung des Waffenstillstandes um keinen Preis zu denken sei, wenn Deutschland nicht unbedinglich zur Nationalversammlung schreitet. Diese Bedingung der Alliierten sei Deutschland auch in seiner ganzen Schwere bekannt, weshalb Deutschland nicht zögern dürfe.

Ein angelegliches Friedensangebot an Deutschland.

Der jetzige bayerische Finanzminister Jaffe hat in einem Berliner Blatt behauptet, daß vor etwa 2 Jahren von amerikanischer Seite aus ein Friedensangebot an Deutschland gemacht worden sei. Dazu erfahren wir von der zuständigen Seite folgendes: Durch Jaffe wurden gewisse Mitteilungen dem Auswärtigen Amt gemacht, die auf Herstellung einer Friedensvermittlung abzielen sollten. Bei Prüfung der Unterlagen stellte sich aber heraus, daß es sich dabei um nicht genügend beglaubigte Mitteilungen eines Amerikaners handelte, der nicht für zuverlässig gelten konnte. Er hatte sich besonders enger Beziehungen zu dem Präsidenten Wilson gerühmt, doch stellte sich heraus, daß seine Angaben nicht richtig waren.

Zu den Friedensverhandlungen.

Der Pariser „Temp“ meldet: Nach Erklärungen im Heeresministerium sind die Alliierten noch nicht in der Lage, den Abschluß eines Vorfriedens mit Deutschland zu betätigen, bevor nicht eine wirkliche Legitimation der jetzigen deutschen Regierung durch Volksabstimmung gesichert sei.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Berlin, 22. November. Generalfeldmarschall von Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Salch Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung: Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtmittel für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der harten Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Verhältnisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wiederaufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Bewegungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer solchen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen wollen.

Was wird aus unseren Kriegsgefangenen?

Berlin, 22. November. In weiten Volkstreffen werden Gerüchte verbreitet, nach denen deutsche Kriegsgefangene nach Friedensschluß zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Alle diese und ähnliche Meldungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat zu Gunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht: 1. Die Forderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weiter geäu-

2. Alle zu Gunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge über Behandlung, Bekleidung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagruhe usw. bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft. 3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt. Czajberger.

Von der Friedenskonferenz.

Der amerikanische Senator Borah stellte mit, daß die Vertreter Deutschlands und Österreichs zur Friedenskonferenz zugelassen werden würden, und daß alle Verhandlungen zwischen ihnen und den Vertretern der alliierten Regierungen einschließlich der Vereinigten Staaten öffentlich geführt werden würden. Nach der in London herrschenden Auffassung bedeutet das, daß Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten stattfinden werden, und daß der Präliminarfall an der Zeit des Vertragschlusses (1), wo den Alliierten Vertretern die Teilnahme an den Verhandlungen verweigert wurde, im Falle Deutschlands nicht gelten werde. (1) Senator Borah stellte ferner mit, daß bei der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Senat der Vereinigten Staaten von der künftigen Geheimhaltung abgesehen werden soll. Diese Ritzungen haben bei der englischen Presse das größte Interesse erweckt, denn es ist bekannt, daß sie die Aufhebung des Präsidenten Wilsons wiederbegehren. Man vermutet, daß Amerika mit den Alliierten schon einen darauf bezüglichen Beschluß gefaßt haben.

Der Großherzog von Thron verjagt auf den Thron.

Karlsruhe, 23. November. Die Badische Vorläufige Volksregierung erklärt: Großherzog Friedrich II. hat dem Thron entsagt. Er und seine Familie, ihre Freiheit, ihre Ehre und ihr Leben greifen den Schatz der badischen Republik.

Frankreich soviel tote wie Deutschland.

Paris, 23. November. Nach einer Anberung des Senators Doumer, Vorsitzenden des Heeresministeriums im Senat, betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1 600 000 Mann. (England's und seiner Kolonien nach Mac Therson 860 000, Deutschlands über 1 600 000 Tote.)

Wilson's Europareise.

New York, 23. November. Wilson wird, Londoner Depeschen zufolge, noch am 2. Dezember im Kongreß seine jährliche Botschaft verlesen und am folgenden Tag seine Europareise an Bord eines Transpazifikdampfers, dem ein Schlachtschiff und Torpedozerstörer das Ehrengeleit geben, antreten.

Die riesigen Verluste in Polen.

Die die „Tägliche Rundschau“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, haben die Polen nicht weniger als 5000 Lokomotiven und 18 000 Eisenbahnwagen zurückbehalten. Außerdem wurden die Weider omlischer Eisenbahnstationen beschlagnahmt alias gestohlen. Der Verlust, den wir dadurch erleiden, wird auf über eine Milliarde beziffert. Dazu kommt das riesige Material in den Werkstätten usw., das auch nicht mehr zurückgekauft werden konnte.

König Alberts Einzug in Brüssel.

Brüssel, 23. November. Die „Köln. Zig.“ meldet aus Amsterdam: König Albert hat seinen feierlichen Einzug in Brüssel gehalten. Die ganze königliche Familie ritt an der Spitze der Truppen. Die Amerikaner eröffneten den Zug, dann folgten Franzosen, Schotten, Engländer und zuletzt eine gemischte belgische Division.

Schwarze Truppen im Elsch.

Karlsruhe, 23. November. Entgegen den Berichten sind im Elsch schwarze Truppen eingerückt, und zwar zogen in Schlecht zwei Schwadronen afrikanischer Jäger ein. Zwei deutsche Offiziere und ein Unteroffizier, die dort den Ordnungsdienst ausrichteten, wurden verhaftet.

Der Vormarsch der Tschechen.

Berlin, 25. November. Aus Wien wird der Deutschen Zeitung geschrieben: Die Tschechen haben ein Freiwilligenheer von 200 000 Mann zusammengestellt. Durch die Straßen von Prag ziehen die Arbeiter ganz nach griechischem Beispiel. Ein Kreuzzug der Russen wird begünstigt. Er richtet sich unzweifelhaft gegen Niederösterreich und Wien, wenn es natürlich auch amlich von Kramarich und seinen Bekanten gelangt wird. Der Feldzug in der Slowakei gegen die Magyaren ist nun ins Leben gerufen, um eine große tschechische Armee auf die Weine zu bringen. Es liegen sicher geheime Abmachungen mit der Entente vor, die über Dnepet und Innsbruck gleichfalls auf Wien losziehen. Die Tschechen haben bereits Teile von Niederösterreich besetzt. Ingleich wollen die Russen die wichtigsten Städte in Ost- und Westböhmen besetzen, um sich so Frontstädte für die Friedenskonferenz zu verschaffen. Auch die Slowaken rücken energisch gegen Italien vor. Der Krieg nach dem Kriege geht lustig fort im ehemaligen Kaiserstaate der Czajberger. Die Kroben- und Lebensmittellage nimmt einen so drohenden Umfang in Wien an, daß die Tschechen schon halb ihren Zweck erreicht haben,

nicht die Stimmung in den Wiener Bürgerkreisen zu geräuschen, daß sie sich schließend widerstandslos alle Freiheiten der Südslaven bieten lassen. Der Staatsrat hat in einer Sitzung beschlossen, mit allen Mitteln den Gewalttätigkeiten der Türken zu begegnen. Es wäre dringend notwendig, wenn den Deutschen Offizieren von Berlin aus tatkräftige Hilfe würde.

Die Bukowina von den Rumänen besetzt.
Wien, 24. November. Der slowakische Korrespondenz zufolge erklärt der griechisch-katholische Vertreter Waskits aus der Bukowina, daß die ganze Bukowina von der rumänischen Armee besetzt ist, welche bereits die Grenze überschritten und sich im Komarisch gegen Kolomea befindet.

Locales u. Provinzielles.

Sobran D. C., den 26. November 1918.

S (Sobran und die heimkehrenden Krieger.) Da noch hier nicht wie anderwärts die Truppen in geschlossenen Formationen einziehen, soll in unserer Stadt nach einem Besuche des Arbeiter- und Soldatenrats in der gestrigen Sitzung eine Begrüßungsfeier durch die Bürgerchaft erst später stattfinden, wenn die hier einzeln eintreffenden Truppen zum größten Teil angelangt sein werden.

S (Eine Sitzung) der Kreiskomitees der Zentrumspartei für Plesch und Kybalk findet am Dienstag den 3. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr im Hotel „Zur Post“ in Sobran statt. Tagesordnung: Allgemeine politische Lage.

S (Rath Bürgervereine.) Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die öffentliche Generalversammlung am Sonntag den 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr im Hotel „Zur Post“ stattfindet. Die Tagesordnung wird in der nächsten Nr. bekanntgegeben.

S (Gemeine Kirchengemeinde.) Am Sonntag den 1. Dezember nach dem deutschen Gottesdienste vormittags 11 Uhr finden in der Kirche die regelmäßigen Erneuerungswahlen zum Gemeindeführer und zur Gemeindevorstellung statt.

S (Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe) erhielt Herr Bohumil Bergger in Soklan, früher in Sobran.

S (Die großpolnische Agitation) arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck, um Stimmung für eine Angleichung Oberschlesiens an Polen zu machen. Wie in vielen Ortschaften Oberschlesiens, hatten polnische Agitatoren auch in unserer Stadt für vergangenes Sonntag nachmittags in den Saal Hotel Germania eine Versammlung einberufen, zu welcher sich eine größere Zahl polnisch sprechender Männer und Frauen aus der hiesigen Gegend eingefunden hatten. Als Redner traten auf: Apotheker Waldy von hier, welcher die Versammlung ergriffte und leitete, Warrner Rosellek-Timmendorf, Warrner Niczel-Warshowitz, Warrner Barose-Wilgramsdorf, Landwirt Figa-Schulchow und Landwirt Nicz-goda-Stande. Die Reden, besonders der beiden erstgenannten Herren, waren dazu angelegt, das hiesige polnisch sprechende Volk aufzuwecken und noch mehr Bewegung und Unfrieden in dieser bittersten, schweren Zeit in unser Volk hineinzutragen. Diese beiden Redner sprachen von einer Anechtung und Drangsalierung der Polen in Oberschlesien unter deutscher Herrschaft, wobei leider viel ungerechtfertigte Verhöhnungen der Deutschen, unter dem herausgeforderten Beifall der Versammlung, zum Ausdruck gebracht wurden. Im Namen der Deutschgesinnten unserer Stadt und Umgebung legen wir hiermit feierlichen Protest gegen die Veranstaltung ein mit dem Bemerkten, daß deutsch und polnisch sprechende Oberschlesier sich im friedlichen Zusammenleben im deutschen Staate stets wohlgeföhlt haben. Oberschlesien ist deutsch und wird deutsch bleiben! Daran werden auch die Delegierten nichts ändern, welche aus der Versammlung heraus gewählt werden, um in der Nationalversammlung in Polen den Anschluß Oberschlesiens an Polen zu fordern.

Die Oberbürgermeister Niethe in der Stadtverordnetenversammlung in Gleiwitz erwähnte, müßte es geradezu als ein Unglück für das ober-schlesische Volk bezeichnet werden, wenn Oberschlesien zu Polen käme. Um dies zu bewahren, genüge schon ein Blick nach dem Nächstliegenden: Wie sollten die vielen Kriegerverwundeten und Waisen und die Kriegsverletzten Oberschlesiens versorgt werden, wenn Oberschlesien dem Polenstaat einverleibt würde? Unter den unvorstellbaren Umständen müßten die Polen das Geld hierzu geradezu aus dem Boden stampfen.

Aber auch die Invaliden- und Altersversicherung ginge der Bevölkerung neben vielen andern verloren. (In Sobran allein werden an Renten pp. beim Postamt monatlich über 50 000 Mark ausgezahlt.)

Eine Kundgebung ober-schlesischer Städte, welche an die Adresse der gegenwärtigen Regierung gerichtet ist und unter der ober-schlesischen Bevölkerung die weiteste Verbreitung finden soll, hat folgenden Wortlaut:

Was uns bisher als ein ausschließlich in polnischen Chauvinistenkreisen auftauchender Gedanke erschienen ist, hat vor einigen Tagen ein deutsches Mitglied des bisherigen Reichstags als im Geiste der Möglichkeit liegend bezeichnet. Herr Bergart Gothen hat es ausgesprochen, daß der Verbleib des ober-schlesischen Industriebezirks bei Preußen und Deutschland im Zweifel lände. Als Einwohner des ober-schlesischen Industriebezirks erheben wir gegen solchen Gedanken Flammende Wider-sprüche. Oberschlesien hat seit 800 Jahren nie zu Polen gehört, seine eingeborenen Einwohner sprechen zwar zum Teil eine polnische Mundart, sind aber erst seit wenigen Jahrzehnten durch großpolnische Agitatoren im nationalpolnischen Sinne aufgewiegt worden. Die ganze Wüste des ober-schlesischen Industriebezirks ist erst durch seine Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland entstanden, deutsche Intelligenz und deutscher Fleiß haben seine Bodenschätze gehoben und bearbeitet, sie erst haben dem vorher armen und verkommenen Landreich Reichtum und Gessinnung gebracht, ihn zu einem unentbehrlichen Bestandteil deutschen Wirtschaftslebens gemacht, dessen Los-trennung erlösend auf Preußen und Deutschland wirken muß. Seit Jahrhunderten steht unser Land in ausschließlich kultureller engerer Beziehung mit dem Westen. Wir verwahren uns auf das allerentschiedenste dagegen, daß diese tausendfachen Bande gelöst und unser Bezirk dem an Kultur insoweit wilderer Willkürherrschaft so unendlich weit hinter uns zurückstehenden Polen angeliefert werde. Schätze dies, so würde eine reiche Kultur vermissen werden, ohne daß Polen imstande wäre, daraus den entsprechenden Nutzen zu ziehen. Wir Oberschlesier wollen bei Deutschland bleiben!

S (Die Ausgablung) der Militärrenten- und Hinterbliebenenbezüge findet beim Postamt Sobran und Agenturen am Freitag den 29. d. M. statt.

S (Die Kriegervereine und die neue Regierung.) Die „Kriegszeitung“ (Parole) veröffentlicht folgende Kundmachung: Kamerad! Der Kaiser und König Wilhelm II. hat der Regierung entsagt. Der Kronprinz hat auf die Thronfolge verzichtet. Der bisherige Reichskanzler hat die Geschäfte dem Vorkommenden der sozialdemokratischen Partei übergeben. Dieser hat sie als Reichskanzler übernommen. Eine neue Regierung hat sich gebildet. In Berlin ist die Deutsche Republik, in den Hauptstädten der Bundesstaaten die Republik ausgerufen worden. Die Truppen der Staatsmacht des Heimathereichs haben sich der neuen Regierung angeschlossen. Voll Trauer im Herzen sehen wir Kriegervereine die futuristische Entwicklung des Neuen, das plötzliche Über uns hereinbrochen ist. Wir Alten, die wir Kaiser und König und die Stöße des deutschen Volks haben schaffen und erkämpfen helfen, und die jüngere Generation, die an der Spitze des Reichs und dem wirtschaftlichen Fortschritt des Volkes mitgearbeitet hat, wir haben, getreu unserem Fahneneid, unser Leben lang in der Monarchie das Heil der Nation gekämpft. Ueber allem aber steht das Vaterland, steht die Sorge für die Zukunft unseres Volkes, die Sorge für den Schatz der Ordnung! Der neue Reichskanzler Gehrt hat die Bundesstaaten um ihre Mitarbeit ersucht, um das Volk vor Hunger, Kälte, Hungersnot und Anarchie zu bewahren. Im Interesse des Volkes und des Vaterlandes muß Folge geleistet werden. Wir fordern daher unsere Kameraden auf, im Interesse des deutschen Volkes hinter der jetzigen und in Zukunft hinter jeder von Volk anerkannten Regierung zu stehen und sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung zu stellen. Unsere großen wirtschaftlichen Arbeiten werden weitergeführt! Die Fürsorge für die Kriegsschädigten, für die hinterbliebenen Witwen und Waisen der Gefallenen, für die bedürftig belagerten Kriegsteilnehmer erfordert alle unsere Kraft und Arbeit. Die besten Grundlagen hierfür sind in uns, seit fünfzig Jahren ausgebaute Wohlfahrtsinstitutionen gegeben; es gilt, sie weiter zu entwickeln. Diesen wichtigen Aufgaben wollen wir alle unsere Kräfte widmen!

S (Entlassung der Jahrgänge 1880—1886.) Auf Anordnung des Kriegsministers sind vom 1. Dezember 1918 ab aus dem Heimausmarsch zu entlassen: Offiziere des Verlaubens-

standes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1880 bis 1886. Zur Aufrechterhaltung des notwendigen Ordnungszustandes, Arbeits- und Bewachungsbedarfs können Mannschaften bis längstens 15. Dezember zurückbehalten werden. Dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die auch aus den aufzulösenden mobilen Formationen frei werden. Soweit die in der Heimat eingetroffenen mobilen Formationen nicht zum Grenzschutz oder Ordnungszustand bestimmt sind, werden sie gemäß Erlass vom 9. November sofort abgelöst oder in den Friedensbezirken zurückgeführt und alle Jahrgänge bis auf die Jahrgänge 1896 bis 1899 ordnungsgemäß entlassen. Die letzteren Jahrgänge sind in die Heimattruppen der Friedensformationen oder in diese selbst überzuführen, um dort ältere Jahrgänge zur Entlassung freizumachen.

S (Landrathliche.) Auf-ll. des verlaubten Landrats Berg ist der Bürgermeister Dr. Volschke in Kybalk durch den Herrn Regierungspräsidenten als kommissarischer Bevollmächtigter des Landratsamtes und der Kreisverwaltungsverwaltung Kybalk bestellt worden.

S (Aus dem Kriegsernährungsamt) wird mitgeteilt, daß es nicht notwendig sei, über die Ernährungsbedingungen der nächsten Zeit allzu pessimistisch zu denken. Man hat im Amte die Absicht, daß es gelingen werde, einen Zusammenbruch zu vermeiden.

S (Landwirtschaftlicher Kreisverein Kybalk.) In der letzten Sitzung nahm auch ein Vertreter des A-Rates teil. Der Vorsitzende ermahnte die Landwirte, nicht nur die vorgeschriebene Menge, sondern alle irgendwie entbehrlichen landwirtschaftlichen Produkte abzuliefern, damit die Ernährung sicher gestellt sei. Der kommissarische Landrat Dr. Volschke gab einen Überblick über die Versorgungserhältnisse im Kreise Kybalk, früher Uckermarkkreis, hat unter seinen 140 000 Einwohnern 60 000 Personen zu ernähren, die zur Arbeiterbevölkerung zählen. Heute bekommt der Kreis Rindvieh und Karotteln aus anderen Kreisen geliefert. In den Wohlfahrtsausföhrungen wurden gewählt: Dekonomrat Vofas, Landwirt Herrmann und ein Kreislandbesitzer.

S (Der Rindviehbestand im Kreise Kybalk) ist auf etwa 20 000 Stück, gegenüber 30 000 im Frieden, gesunken. Die Stückzahl allein gibt kein richtiges Bild über die Lage, denn mit der Stückzahl ist auch die Qualität um über 60 Prozent gemindert. Dasselbe gilt von der Milchproduktion.

S (Gemeindevahlen usw.) Die preussische Regierung hat am 18. November folgendes angeordnet: Ergänzung- und Ersatzwahlen zu Gemeindevorstellungen, Stadterverordnetenversammlungen (Bürgervereiner-Vorlagen), Kreisräthen (Wahlversammlungen), Provinziallandtagen und Vertretungen der Zweckverbände finden bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht statt. Die Wahlzeit für die jeweiligen Vertreter, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, wird bis zu der nach der neuen gesetzlichen Regelung erfolgten Wahl verlängert.

S (Verstaatlichung der Bergwerke.) Die neue Regierung erwägt, den Reichs-Ressourcen nach, zur Zeit die wichtigsten, die gesamten deutschen Bergwerke zu enteignen und in staatlichen Besitz zu versetzen. Das soll nicht als Vorwegnahme künftiger sozialistischer Ideen gedacht sein, vielmehr wird als Grund angegeben, daß die Regierung durch die Verstaatlichung der Bergwerke bei den Vereinigten Staaten eine große Anleihe hofft aufzunehmen zu können, die dazu dienen würde, die in den Friedensverhandlungen und auferlegten Geldschulden für Belgien und Nordfrankreich abzulösen. Man scheint in Entenkreisen die Absicht zu haben, die Besatzungstruppen auf dem linken Rheinufer bis zur Bezahlung dieser Schuld zu halten. Geliegt es uns also durch eine amerikanische Anleihe, eine sofortige Beilegung vorzunehmen, so würden wir dem Luge des Friedensschlusses die Unabwendbarkeit Gebiete von den Besatzungstruppen zu räumen sein.

S (Große Vereinfachung der Bezugs-scheinpflicht.) Wie die „Zeitl-Woche“ erzählt, steht eine große Vereinfachung der Bezugs-scheinpflicht unmittelbar bevor. Es sollen auf die Freiliste gesetzt werden: Tischwäscher, Krüge, Manuskripten, Vorhemden und Schürten, hauptsächlich auch Leinwandtücher. Ferner sollen alle unbedeutenden Gewebe bezugs-scheinfrei sein, nicht nur modische baumwollene Kleiderstoffe, wie es bisher hieß. Auf Bettwäscher sollen Bezugs-scheine weder ausgegeben werden. Die Bestandsprüfung soll zum großen Teil wegfallen. Es soll vielmehr bei vereinfachter Bedarfsprüfung gegen einen Bezugs-schein ein Winterkleid und ein Wintermantel ohne weiteres gewährt werden. Die kommunale Beschlagnahme der Tischwäscher wird aufgehoben. Im Monat Dezember sollen weitere Vereinfachungen der Bezugs-scheinpflicht eintreten. Man hofft bis zum April die Be-

ausgeschöpft ganz befestigt zu haben. Die Kaufleute werden jedoch ersucht, die amtliche Bescheinigung hierüber abzuwarten, da noch keine endgültigen Beschlüsse vorliegen.

(Nach 3 Monaten kein Wehl mehr.)
 Sonnabend abend sagten die Vertreter des Reiches A. und S. Reich im Reichstage. Die Delegierten sprachen teilweise ihre Unzufriedenheit darüber aus, daß das Kriegsmilitär auf die Beschwerden der Soldaten nicht genügend einginge. Auch war man mit der Föhrung der Soldaten nicht zufrieden. Der Volksbeauftragte Barth warnte davor, in der letzten schwierigen Zeit dem Kriegsmilitär Komplikationen zu verlangen. Nach Angabe des Kriegsernährungsamtes, so führte er aus, haben wir auch zwei Monate kein Getreide, nach drei Monaten kein Mehl und nach vier Monaten kein Kartoffeln mehr. Wenn aus durch die Vorgänge in Polen die Zufuhr aus den Ostprovinzen abgeschnitten wird, wird die Lage noch schwieriger. Fürsichtbare Folgen können eintreten, wenn die Armeen im Westen aus Hunger und Verdurstung.

(Keine Kartoffeln mehr für Speisezwecke.) Im Reiches Reichstag sind dieses Jahr im Herbst einigemale Soldaten große Kartoffelkulturen, 5000 bis 7000 Zentner auf einzelnen Gütern, zur Speisezwecken freigegeben worden. Später wurden davon 50 Prozent zur Ernährung der Bevölkerung. Die Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, davor Woche weitere 25 Prozent, so daß von der ursprünglichen Menge nur noch 25 Prozent zum Verzehren frei waren. Auch diese 25 Prozent sind jetzt für Ernährungszwecke vom A. und S. Reich mit Beschlag belegt. Speise für Verzehrer wird nicht mehr gebraucht, man war der Ansicht, daß in so schwieriger Zeit die Sicherstellung der Volksernährung wichtiger wäre als alle anderen Dinge und daß Kartoffeln auf keinen Fall zu Speise verarbeitet werden dürften.

(Sinkende Viehpreise.) Auf dem in Leipzig in Pommer abgehaltenen Viehmarkt waren etwa 180 Pferde und 50 Rinder aufgetrieben. Die Preise hatten sich dem letzten Markt einen starken Einbruch verzeichnen. Für gute Pferde wurden bis 3500 Mark bezahlt. Für Rinder, die am letzten Markt noch 8000 bis 9000 Mark kosteten, wurde kaum die Hälfte geboten. Der Handel stockte fast vollständig, nur ein mäßiger Umsatz in billigeren Exemplaren war zu verzeichnen. Auf dem Rindermarkt waren die Preise ebenfalls stark gefallen. Gute Rinder kosteten 900 bis 1000 Mark das Stück.

Königsstätte, 23. November. Der § 7 einer neuen Verordnung lautet: Zurückhaltung von Lebensmitteln zur Erzielung von Wachstumspreisen wird mit dem Tode bestraft. Die Verordnung ist vom Magistrat, der Polizeiverwaltung und vom Arbeiter- und Soldatenrat unterzeichnet.

Kameraden!

Eine große Anzahl von Kameraden ist während des Krieges wegen militärischer Straftaten zu Gefängnis- und Zwangsarbeitsstrafen verurteilt worden.

Der Zentral-Soldatenrat der Provinz Schlesien hat die Unternehmung, daß diese Strafen teils völlig ungerecht, teils zu schwer sind.

Denn die Schuld an diesen Vergehen liegt in vielen Fällen nicht so sehr in der Person des Täters, als in den durch den Krieg hervorgerufenen Umständen. Infolge des Krieges sind nicht nur gestirbt, sondern auch Körperlich und geistig frische Menschen zum Herabstufen eingezogen worden. Aus viele haben die schweren Strapazen des Krieges in Verbindung mit der Verabreichung von dem Kadavergeruch der alten Romandogewalt seelisch herabgesetzt, daß sie ihre Strafen nicht immer in der Gewalt hatten. Sie haben sich daher vielfach zu Taten hinreißen lassen, für die sie entweder gerichtet oder nicht voll verantwortlich gemacht werden können.

Der Zentral-Soldatenrat für die Provinz Schlesien tritt deshalb in eine Erklärung sämtlicher von den Kriegsergeben verhängten Strafen ein und wird in allen Fällen von militärischen Straftaten eine Aufhebung der Strafe oder Einstellung des Verfahrens beantragen.

Da infolge der ungenügenden Menge von Strafen die Beendigung nicht so schnell erledigt werden kann, wie es im Interesse der Betroffenen erwünscht ist, wird sofort eine vorläufige Strafauslösung angeordnet werden.

Der Vorsitzende des Zentral-Soldatenrates der Provinz Schlesien.
 Boigt.

Änderung der Rehrlohnätze für das Schornsteinfegergewerbe des Kreises Hybnitz.
 (Kreisblatt für 1908, S. 116.)

Auf Grund der Bestimmungen des § 77 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit § 46 der Bestimmungen über die Anstellung und die Pflichten der Bezirksschornsteinfeger vom 1. Dezember 1917 (Sonderbeilage zu Nr. 51 des Amtsblatts der Regierung Oppeln), wird hiermit die Vorchrift unter Ia, c und d der Rehrlohnätze, wie folgt, abgeändert:

- 1. In Ansehung ist für das einmalige Rehren der Schornsteine in den Städten und auf dem Lande zu entrichten:
 - a) für jeden einständigen Schornstein (ausschließlich der Backschornsteine in den Bäckereien, der Schmiedeböden, der Schornsteine in Brauereien und Brennereien und der Schornsteine mit Dampfesselheizung) 15 Pfennig (früher 10 Pfennig);
 - b) Bleibet Befehlen,
 - c) für jeden einständigen Backschornstein in Bäckereien, für Schmiedeböden und für nicht fabrikmäßige Schornsteine in Brauereien und Brennereien in der Stadt und auf

dem Lande 25 Pfennig und für jedes weitere Stockwerk und jeden Schornstein wie bisher 20 Pfennig mehr; d) für einen Schorn (Neben-Rot-Ramin), welcher in einem Schornstein einmündet, 10 Pfennig. Die Grundgebühren sind somit um je 5 Pfennig erhöht worden. Diese Anordnung tritt am 1. Dezember 1918 in Kraft, Hybnitz, den 8. November 1918.
 Der Leubrat. J. S. Dr. Solakof.

Bekanntmachung.

Ich bitte nach wie vor die Bürgerchaft, alle berechtigten Wünsche und Anliegen jeder Art mir persönlich vorzutragen und halte es für meine Aufgabe, soweit es in meinen Kräften liegt bzw. soweit es die derzeitigen schwierigen Verhältnisse gestatten, Jedem mit Rat und Tat beizustehen.
 Sohrau OS., den 23. November 1918.
 Reich, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß viele Personen, trotzdem sie selbst Kartoffeln angebaut und in ausreichender Menge geerntet haben sollen oder auf andere Weise (als Bezahlung für geleistete Arbeit oder dergl.) Kartoffeln erhalten haben, sich einen Bezugschein diesseits haben ausfertigen lassen. Wir machen darauf aufmerksam, daß alle diese Personen sich strafbar machen bzw. gemacht haben und wir fordern diese Personen hiermit auf, entweder den noch nicht belieferten Bezugschein oder die zu Unrecht erhaltene Kartoffelmenge sofort zurückzugeben.
 Wer dies nicht trotz Warnung tut, hat bei später stattfindender Revision unnahezu sich Fortnahme der Kartoffeln und strenge Bestrafung zu gewärtigen.
 Sohrau OS., den 26. November 1918.
 Der Magistrat. Für den Arbeiter- und Soldatenrat. Reich.

Bekanntmachung.

Für die laufende Woche wird in den Verkaufsstellen bei Malchowitz, Wollner und Harazin gegen Abschalt g der Futikare verkauft: 10 gr Butter und 125 gr Marmelade. Der Preis für 1 Pfund Butter beträgt jetzt 4,40 RM. Preis II bereitstellungen seitens der Händler sind verboten und strafbar. Es ist selbstverständlich, daß den Käufers das ihnen zufließende Gewicht unverändert (Papier eingerechnet) verabfolgt wird. Die Bezugsabschlüsse g müssen bis spätestens Mittwoch den 27. d. Mts., nachmittags 6 Uhr abgegeben werden. Wir bemerken an dieser Stelle, daß der Frau Rottler der Verkauf der sämtlichen Lebensmittel entzogen worden ist.
 Bei dem jetzt eintreffenden Milchmangel machen wir die Konsumenten darauf aufmerksam, daß bei den Kaufleuten Herlich und Hallsa noch sterilität Milch ohne Zusatz erhältlich ist.
 Gegen Abschalt 32 kg gelben und roten Krankenkarte erhalten Kinder bis zu 4 Jahren je 1/2 Pfund Kindererziehung à 38 Pfg. bei Herrn D. Schärer.
 Gegen Abschalt 8 der Lebensmittelkarte wird bei allen Kaufleuten verabfolgt: je Kopf 60 g Erbsen und je Kopf 1 Stück Suppenwürfel. Die Bezugsabschlüsse 8 sind bis zum 2. Dezember er. bei den Kaufleuten abzugeben. Der Verkauf beginnt am 5. Dezember er. Sohrau OS., den 26. November 1918.
 Der Arbeiter- und Soldatenrat. Reich. Niemolitz.

Bekanntmachung.

Sobald weitere Kartoffel-Bestellungen eintreffen — was in Kürze erfolgen soll — werden die betr. Empfangsberechtigten besonders benachrichtigt. Der Kontrolle wegen ist es unbedingt notwendig, daß die Kartoffeln nur von denjenigen Personen bezogen werden, welche von uns bestimmt sind. Es erkräftigt sich daher ein weiteres Nachfragen im Magistrats-Büro.
 Sohrau OS., den 26. November 1918.
 Der Arbeiter- und Soldatenrat. Reich. Niemolitz.

Auf Dominium Pawlowitz können Mohrrüben und Zuderrüben

gegen Anteil herausgenommen werden, d. h. die Betreffenden erhalten als Entgelt Zuderrüben und Speise-Mohrrüben.
 Wir suchen für unsere Werke für sofort bzw. baldigen Eintritt:
Fabrik Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Maurer u. Arbeiter.
 Bewerber wollen sich melden bei:
Chemische Fabrik von Heyden A.-G., Radebeul Dresden.



Gestern nachmittag 2 Uhr verschied nach kurzem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Urgrossmutter,

die verw. Frau
Josefa Zwaka
 geb. Grzesik
 im ehrenvollen Alter von 80 Jahren.
 Um stilles Beileid bittend, zeigt dies tiefbetrübt an
 Sohrau OS., den 25. November 1918.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Leo Zwaka, Postschaffner.
 Beerdigung Donnerstag den 28. d. M. vorm. 10 Uhr vom städtischen Krankenhaus aus.

Danksagung.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unseres lieben guten Sohnes und Bruders,
 des Handlungsgehilfen
Johannes Media
 sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. Ein herrliches „Gott vergelte“ besonders der hoch. Geistlichkeit, Herrn Kaplan Hoppe für die Trostworte, den Kameraden, dem Kirchenchor für den erhabenden Gesang und allen, die dem Verstorbenen das letzte Geleit gaben,
 Sohrau OS., den 28. November 1918.
Anton Media und Familie.

Geld gegen monatliche Rückzahlung
 bietet
R. Calderarow, Hamburg 5.

„BUINUS“
 wäscht Wäsche wunderbar.
 (D. R. P.) Gen. K. A. 253



Buinus ist kein Kriegsprodukt, Spart Nahrung, Arbeit und Geld, ist ohne Sulfonkante erhältlich, Schonst das Gewebe.
 Erhältlich in allen einschlägigen, durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.
 Hersteller:
Röhm & Haas, Chem. Fabrik, Darmstadt.
 Vertretung: Hermann Schindler, Reuthen O. S., Pickardstr. 40.

Mädchen und Frauen!
 Alles ausgetümmte Haar kauft
August Wrobel.

Leere Weinflaschen,
Altpapier
 (Zeitungen, Bücher, Hefte und Altk) kauft
Sohrauer Flaschen-Centrale
 Ring 57.

Klavierstimmer
 ist in nächster Zeit in Sohrau und Umgegend tätig. Gesl. Offerten an die Red. d. Bl.
Ein Pferdejunge
 für sofort gesucht.
N. Hilla.